

**Kommunikation und Assoziation in Preußen.**  
**Teil II: Untersuchungen zur Öffentlichkeit, Informations- und Zensurpolitik im 19.**  
**Jahrhundert**

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft zur preußischen Geschichte  
vom 9. bis 11. Oktober 2000 in Hofgeismar

Mit der diesjährigen Tagung, in deren Mittelpunkt die Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert stand, wurde der zweijährige Vortragszyklus zum Thema "Kommunikation und Assoziation in Preußen" abgeschlossen.

Bernd Sösemann (Berlin): Das dynastische Fest als Faktor der öffentlichen Kommunikation in Preußen im 18. und 19. Jahrhundert

Die großen dynastischen und bürgerlichen Feste zählen zu den bedeutenden Faktoren der öffentlichen Kommunikation, der Selbstdarstellung, der Legitimation und der kollektiven Erinnerung. Die Beteiligung der Medien war dabei nicht auf die Zeit post festum beschränkt; bereits in der Phase der Vorbereitung eines Festes bedienten sich die Verantwortlichen gezielt dieses Instruments. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts legten der Monarch, der Hof und das Kabinett in wachsendem Maß darauf Wert, sich der populären Zeitschriften und (Tages-)Zeitungen zu vergewissern, um dem Ereignis eine höhere Wirkungsqualität zu verschaffen. Bürgerliche Feste, revolutionäre Festivitäten und die politische Demonstration sind inzwischen relativ gut untersucht worden. Für das 19. Jahrhundert geschah es systematischer und auch mit Blick auf die transnationale Wirkungsmacht stärker als im 18. Jahrhundert, wobei das Zeremonielle und die wirkungsästhetischen Aspekte ebenso im Mittelpunkt stehen wie die Selbstdarstellung des Regimes. Auf der Basis der bisher kaum ausgewerteten Tagespublizistik konkretisierte der Referent seine Überlegungen an Preußens Krönungsjubiläum.

Norbert Winnige (Göttingen): Alphabetisierung als Problem der öffentlichen Kommunikation 1760-1871

Nach der Volkszählung vom 1.12.1871 wiesen die nicht deutschsprachigen Teile der preußischen Monarchie im Osten die höchsten Analphabetenquoten auf; vergleichsweise schlecht schnitt auch das linke Rheinland ab. Die am höchsten alphabetisierten Gebiete finden sich in Brandenburg, der Provinz Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Der oftmals beschworene Bildungsvorsprung des Protestantismus läßt sich nach dieser Quelle nicht belegen; entscheidend sind vielmehr die sprachlichen Verhältnisse, gefolgt von der Schulsituation sowie den gewerblichen und agrarischen Strukturen. Daten zur Alphabetisierung für den Zeitraum von 1836 bis 1871 basieren auf Tests bei den Rekrutenmusterungen. Auf der Ebene der Regierungsbezirke ergeben sich weitgehend die gleichen Verteilungen wie 1871. Aus den Jahren 1798/1807 bis 1814 wurden für Magdeburg-Halberstadt, die Altmark, Minden-Ravensberg, Paderborn, Kurköln und Kurtrier die in Zivilstandsregistern überlieferten Unterschriften von Brautleuten als Indikator herangezogen. Auch sie belegen eine im Vergleich zu 1871 bemerkenswerte Konstanz im Verhältnis von hoch und niedrig alphabetisierten Regionen. Insgesamt prägten die Verhältnisse des 18. Jahrhunderts in vielfacher Weise die Strukturen des 19. Jahrhunderts vor.

Jürgen Wilke (Mainz): Nachrichtenvermittlung und Informationswege im 17. und 18. Jahrhundert  
Obwohl Brandenburg-Preußen schon im 17. Jahrhundert zu den größeren deutschen Territorien gehörte, blieb das Zeitungswesen noch weitgehend unterentwickelt. Zwar stammt eine der ältesten

nachweisbaren und erhaltenen Zeitungen aus Berlin (1617ff.), doch noch 1740 gab es insgesamt nur fünf Zeitungen. Bei der Mehrzahl von ihnen handelte es sich aber um solche, die infolge des territorialen Zugewinns "geerbt" worden waren. Ausschlaggebend für die bescheidene brandenburg-preußische Zeitungslandschaft war eine restriktive Pressepolitik. Diese bedingte, daß zeitweilig neben der gedruckten Berliner Zeitung, die vor allem "Auslandsnachrichten" brachte, auch "Inlandsnachrichten" in handschriftlichen Lettern gedruckt, aber nicht öffentlich verbreitet wurden. Die Verkehrswege und der Botenverkehr waren insbesondere seit der Verstaatlichung der brandenburg-preußischen Post durch den Großen Kurfürsten so gut entwickelt, daß die Berliner Zeitung seit Mitte der sechziger Jahre des 17. Jahrhunderts sechsmal pro Woche erscheinen konnte.

Volker Bauer (Frankfurt a.M.): Das preußische Kalenderwesen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts  
Die Kalender bilden die wohl am weitesten verbreitete Druckschriftengattung der frühen Neuzeit. Sie waren daher obrigkeitsstaatlichen Eingriffen ausgesetzt, die darauf abzielten, das Genre fiskalisch auszubeuten, es inhaltlich zu kontrollieren und als Instrument der Herrschaftsrepräsentation zu benutzen. Im Falle Brandenburg-Preußens kann allerdings bis zum Ende des 17. Jahrhunderts von einer kohärenten Kalenderpolitik noch keine Rede sein. Zu einer konsequenten Indienstnahme der Gattung für staatliche Zwecke kam es hier erst mit dem Kalenderedikt von 1700. Dadurch wurde das sog. "Kalenderwerk" der Berliner Akademie der Wissenschaften, der das Monopol auf die Herausgeberschaft sämtlicher Kalender in allen preußischen Provinzen übertragen wurde, begründet. Es erwies sich als die einzige bedeutende und dauerhafte Einnahmequelle der Akademie, die gleichzeitig die Inhalte der Kalender steuerte, was eine allmähliche Zurückdrängung des traditionellen astrologischen Wissens zur Folge hatte. Nach der Aufhebung des Kalendermonopols (1811) zog sich der preußische Staat allmählich aus dem Kalenderwesen zurück, was gewiß auch mit der nachlassenden Bedeutung dieses Massenmediums zusammenhängt.

Ludger Herrmann (Kempen): Charakteristika einer Reformpublizistik in Preußen  
Mit Blick auf die Autoren, die Medien und Formen ihrer Auseinandersetzung sowie die von ihnen vertretenen Positionen fragte der Referent nach den charakteristischen Merkmalen des öffentlichen Diskurses über die Erneuerung Preußens nach 1806. Dabei konnte er zeigen, daß die Debatte an Brisanz und Intensität stark zunahm, ohne daß sich allerdings die soziale Zusammensetzung ihrer Trägerschaft sowie die von ihr eingesetzten Medien veränderten. Zumeist aus akademisch gebildeten und etablierten Kreisen der Gesellschaft stammend, ergriffen die Reformpublizisten unter den günstigen Voraussetzungen, welche die französische Zensur für Kritik an der Hohenzollernmonarchie bot, Partei im Sinne einer liberalen Staatsbürgergesellschaft. Auf unterschiedliche Weise versuchten die Autoren, die Auflagenstärken ihrer Veröffentlichungen zu erhöhen und das Interesse an ihnen auf Dauer aufrechtzuerhalten. Zwar konnten sie dadurch den Adressatenkreis ausdehnen und entscheidend zur Genese einer politischen Öffentlichkeit beitragen, aber auf die Lebenswelt der unteren gesellschaftlichen Schichten ließen sie sich nicht ein.

Andrea Hofmeister (Göttingen): Opposition via Pressepolitik: Netzwerke bei der Arbeit  
Die "Netzwerke der Aufklärung" trugen nicht nur zur Entstehung einer politischen Öffentlichkeit bei, sondern wurden auch von der staatlichen Öffentlichkeitspolitik für ihre Zwecke genutzt. Neben der Diplomatie als dem traditionellen Feld staatlicher Pressepolitik wurden private publizistische Netzwerke auch bei innenpolitischen Kampagnen zunehmend wichtiger, da es sichtbar offiziellen Produkten oftmals an Akzeptanz auf der Rezipientenseite mangelte. Besondere Bedeutung erhielt die Zusammenarbeit mit privaten intellektuellen Netzwerken jedoch, wenn sich in den höheren

Rängen des monarchischen Herrschaftsapparates ein Dissens auftat wie z.B. in Preußen nach den Befreiungskriegen. Wer sich, wie Hardenberg, als einzigen Garanten der Reformpolitik an der Spitze des Staates betrachtete, war auf das selbständige Funktionieren solcher privaten publizistischen Beziehungsgeflechte angewiesen. Aber auch institutionelle Gründe machten die diskrete Zusammenarbeit von Politikern und privaten Journalisten attraktiv - zumindest, solange das Prinzip der territorialen Vorzensur die diplomatische Verantwortlichkeit des Staates für jedes in seinen Grenzen gedruckte Wort vorschrieb.

Ursula Fuhrich-Grubert (Berlin): Politische Netzwerke Theodor von Schöns zwischen "Öffentlichkeit" und "Privatheit"

Die Referentin diskutierte die Verbindungen zwischen "öffentlichen" und "privaten" Beziehungen, Handlungsfeldern und Räumen am Beispiel der politischen (Teil-)Netzwerke Theodor von Schöns in drei Schritten: 1. untersuchte sie die Konfigurationen der Netzwerke, die für Schöns politisches Handeln von Bedeutung waren, 2. eruierte sie deren Funktionsweise und 3. warf sie einen Blick auf die Orte des Geschehens. Dabei ergaben sich deutliche Hinweise, daß in der politischen Praxis in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts beide Sphären eng miteinander verflochten waren, wobei das System auf der Vorstellung einer grundsätzlich legitimen Verpflichtung zur amtlichen Unterstützung von Angehörigen gemeinsamer freundschaftlich-verwandtschaftlicher oder Klientel-Netze basierte. Eine wichtige Funktion im Hinblick auf die engen Verflechtungen von "öffentlichem" Draußen und "privatem" Drinnen kam dabei den Dienstwohnungen zu, vor allem dem Speisezimmer als Raum, in dem sich Politik und persönliche Beziehungen in besonderem Maße miteinander verbanden.

Magdalena Niedzielska (Thorn): Die Rolle des Vereinswesens im Prozeß der Gestaltung der Öffentlichkeit im Vormärz

Die Darlegungen zielten darauf ab, die Beziehungen zwischen der frühen Phase der politischen Opposition, der bürgerlichen Öffentlichkeit und den Vereinen in der Provinz Preußen im Umfeld der 48er Revolution herauszuarbeiten. Das Modell des Vereins, das auf der Pflicht der Befolgung und Realisierung von statuarischen Grundsätzen basierte, also seine Mitglieder mit Loyalitätsbanden verknüpfte, erwies sich als brauchbare Organisationsform für die politische Bewegung vor und während der Märzrevolution. Auch in diesem Fall kam es darauf an, die Parteiloyalität zu wahren und im Einklang mit den Interessen der Organisation zu handeln. Das galt für alle Institutionalisierungsprozesse im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft - unabhängig davon, ob sie das kulturelle und wissenschaftliche Leben oder das politische Leben der sich modernisierenden Gesellschaft umfaßten. Insofern kann von einer Universalität des Vereinsmodells gesprochen werden. Aus der Entwicklung der Organisationsform von der geschlossenen über die offene Gesellschaft bis hin zu den breiten Publikumskreisen zugänglichen Versammlungen resultierte ein Erstarren der politischen Strukturen, das die Voraussetzung dafür war, daß in der Revolutionsphase parteiliche Strukturen geschaffen werden konnten. Dabei wurde die Organisationsform des Vereins sowohl von den Konservativen als auch von der liberalen Opposition als formalrechtliche Grundlage übernommen.

Gerd Kleinheyer (Bonn): Zensur in Preußen - zwischen Polizei und Staatsschutz

Nach einer Rückschau auf die Zensur im Alten Reich und seinen Territorien nahm der Referent die Zuordnung der Zensur zur Polizei oder zum Staatsschutz in den Blick und fragte, ob sie der Aufrechterhaltung von Ruhe, Sicherheit und Ordnung diene oder ob es um die Erhaltung tragender Pfeiler der Verfassung ging. In diesem Zusammenhang erörterte er auch die Problematik einer Unterscheidung zwischen religiöser und politischer Zensur, indem er darauf hinwies, daß die religiöse Zensur stets auch im weiteren Sinne politischen Zwecken gedient habe.

Ferner beschäftigte er sich mit den in der Literatur oft berufenen Wandlungen der Zensur und versuchte, den Kern der betreffenden Veränderungen herauszuarbeiten. Vor dem Hintergrund eines neuen Verständnisses der Staatsaufgaben wurde der wesentliche Wandel in der Sicht der Rechtmäßigkeit der Zensur ausgemacht. Schien diese bis zum Ende des Ancien Régime nie in Frage zu stehen, so bedurfte sie im 19. Jahrhundert deutlich der jeweiligen gesetzlichen Rechtfertigung: Aus der grundsätzlichen Rechtmäßigkeit der Zensur war ihre grundsätzliche Unrechtmäßigkeit geworden. Erste Ansätze zu dieser Entwicklung lassen sich in Preußen schon vor der Französischen Revolution erkennen.

Grzegorz Kucharczyk (Posen): Zensoren und Zensorenamt. Studien zu Aspekten der Zensurpraxis in Preußen um 1848

Der Referent hob hervor, daß die preußischen Zensoren nicht immer als sicherer Faktor bei der Bekämpfung der "regierungsfeindlichen Presse und Literatur" gelten konnten. Sowohl deutsche als auch polnische Quellen belegten, daß die Zensoren in Preußen in vielfacher Weise eher als Hindernis denn als Motor bei der Steigerung der Effektivität der Zensur fungierten. Dafür gab es unterschiedliche Gründe: eine wesentliche Ursache lag in der Diskrepanz zwischen dem von den Vorgesetzten erzeugten Bild eines idealen Zensors und den realen Bedingungen des Zensorenamtes, einschließlich seiner schlechten materiellen Ausstattung. Die ausgewerteten Quellen lieferten interessante Einblicke in den Alltag der Zensoren und illustrierten eindringlich die "tägliche Zensorenqual". Diese Befunde lassen sich sowohl für die polnischen als auch für die "urdeutschen" Provinzen der preußischen Monarchie nachweisen. Insgesamt seien die preußischen Zensoren nicht nur als "Verfolger" (des gedruckten Wortes), sondern auch als "Opfer" (der übertriebenen Erwartungen ihrer Vorgesetzten) anzusehen.

Ursula Koch (München): "L'opinion publique, c'est nous!" Illustrierte Berliner Polit-Witzblätter als Meinungsführer und Zeitgeistvehikel von der Märzrevolution bis zur Reichsgründung

1848 führten die "Märzerrungenschaften" in Preußens Hauptstadt zu einer Explosion von Flugblättern, Zeitungen und Zeitschriften. Der Kladderadatsch, der als einziges Blatt die Konterrevolution überlebte, entwickelte sich zu einem weltweit verbreiteten, in Österreich, Rußland und Frankreich allerdings zeitweise verbotenen Presseorgan. Nicht Erstinformation war sein Ziel, sondern Meinungsbildung und Erziehung zur Kritik mit den Mitteln des Humors, der Satire und der Ironie. Im Bismarckreich war der Berliner Witz "nicht nur tonangebend in Deutschland, sondern tatsächlich allein herrschend" (E. Fuchs). Die liberalen Blätter Kladderadatsch, Berliner Wespen und Ulk stritten an Bismarcks Seite im Kulturkampf, beklagten aber später die konservative Wende des Kanzlers. Auf der anderen Seite stand das humoristisch-satirische Sprachrohr der Antisemiten, "Die Wahrheit". In der wilhelminischen Ära verlagerte sich das Zentrum der politischen Satire von Berlin nach Stuttgart und vor allem nach München.

Jürgen Frölich (Gummersbach/Bonn): Lenkung und Repression versus Pressefreiheit und Pressemarkt. Pressegeschichte in Preußen während der Reichsgründungszeit 1848-1867/71

Im Zentrum des Referats stand das Wechselspiel zwischen staatlicher Pressepolitik und der Entwicklung der politischen Presse in der Zeit von 1848 bis 1871. Trotz intensiver Bemühungen staatlicherseits gelang es nach 1849 nicht, die aus der Revolution hervorgegangene Pressefreiheit in Preußen völlig zu beseitigen. Vielmehr konnte die oppositionelle Presse der Liberalen ihre Position nach der allgemeinen Liberalisierung von 1858 deutlich ausbauen. Diese Expansion wurde zunächst weder durch die staatliche Informationspolitik noch durch neue repressive Maßnahmen im Zuge des Verfassungskonflikts unterbunden. Dennoch sollte man nicht von einem völligen "Fiasko" der Pressepolitik Bismarcks sprechen, da es diesem gelang, durch seine Deutschlandpolitik einen gewichtigen Teil der oppositionellen Presse zu sich herüberzuziehen.

Daneben wurde die Stellung der liberalen Presse durch die zweite "Gründungswelle" politischer Zeitungen seit Mitte der 1860er Jahre angegriffen. Insgesamt konnte sich die liberale Konzeption einer freien marktorientierten Presse durchsetzen, ohne daß diese Entwicklung allerdings dem Liberalismus als politischer Bewegung zugute kam.

Die Ergebnisse der beiden Tagungen sollen unter dem Titel "Kommunikation und Assoziation in Preußen. Ein Handbuch zur Geschichte der Medien und Öffentlichkeit vom 16. bis zum 19. Jahrhundert mit einer Spezialbibliographie" veröffentlicht werden. Der von Bernd Sösemann betreute Band wird eine Darstellung der Öffentlichkeit in Preußen im Wandel der Jahrhunderte, der agierenden und rezipierenden Personen und Institutionen sowie der Publizistik und der Medien enthalten.

Heinz Stübig

---

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen  
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2001.  
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.  
Heruntergeladen von [www.ahf-muenchen.de](http://www.ahf-muenchen.de).